

Offentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Herr Bürgermeister Hans auf weitere 8 Jahre zum 2. Bürgermeister der Stadt Niesa gewählt.

Gestern abend von 20 Uhr ab fand in der Aula der Oberrealschule abermals eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten statt, die von Herrn Stadt-Bürgermeister Gans geleitet wurde. Es waren zu Beginn der Sitzung 20 Damen und Herren anwesend; entschuldigt fehlten die Herren Stadt. Dr. Mühlmeier (Bürgl.) und Bleiborn (Soz.). Es war die bürgerliche Fraktion mit 12, die sozialdemokratische Fraktion mit 12, die kommunistische Fraktion mit 3 und die Partei für Sozialrecht und Auswertung mit 2 Mitgliedern vertreten waren. Das Stimmverhältnis ergab gestern mehrmals das Ergebnis: 14 zu 15. Am Ratsstilte hatten die Herren Bürgermeister Gans und Stadtrat Dr. Schröder Platz genommen. Der Jubherrraum war wiederum gut besetzt. Nach alle Anwesenden stellten bis kurz vor Schluss der Sitzung, die erst etwa 20 Uhr ihr Ende erreichte, aus; nur einzelne zogen es vor, den Saal vorzeitig zu verlassen. Es blieb ihnen erspart, weiteren unerwünschten Szenen, die gestern herausbeschworen wurden, beizuhören zu müssen.

Man muss sich scheint daran gewöhnen, dass die Sitzungen der Stadtverordneten immer mehr an Ausdehnung gewinnen, auch dann, wenn die schlagende Tagesordnung nicht allzu umfangreich ist und die zur Beratung befindenden Gegenstände nicht besonders debattionswollig sind. Die gestrige Sitzung hat aber wieder einmal mit aller Deutlichkeit bestätigt, dass man es sich gut versteht, durch die Parteibrille zu schauen und das parteiliche Interesse ausspielen über Gebühr im Knipper zu nehmen. Das Befürwortende dabei aber ist, dass das gewisse Redner nicht genau, anders Gesinnung zu verbünden, ja zu beleidigen. Nicht genau damit, dass die verschiedenen politischen Institutionen der beiden linken Fraktionen eine hervorragende Rolle spielen, was es besonders der kommunistischen Gauleiter, der des öfteren seinen Gefühlen durch Einwendung gegenwärtiger Bewegungen gegenüber Ausdruck verleiht. Einige Reden mussten er eine Rüge entgegennehmen, wenn auch der Herr Vorsteher die Meinung vertrat, dass gewisse Ausschüsse, die unterstes Ergebnis nach zunehmend ungünstig sind, nicht als unparlamentarisch zu bezeichnen seien. Es fehlt wahrlich große Geduld dazu, den Ergebnissen auszuhören, die oftmals doch nur Wiederholungen sind und letzten Endes doch nur die rauhe Schale des Kernes darstellen. Dann betrachtet man das Ergebnis der zeitaufwendigen Auskundereungen, so muss festgestellt werden: Viel Gescheit am nichts. Es mag sein, dass so mancher Redner, der - selbstam - bei nichtöffentlichen Sitzungen hört die nötige Entschlafung aufweist, der Deftlichkeit gegenüber sich aber berufen fühlt, geböriß loszuweinen, um dadurch propagandistische Stimmungsschäfte zu treiben. Um so verwunderlicher ist es, dass man sich vor der Deftlichkeit besonders bemüht und zu mit Redensarten aufzuhören, die wirklich nicht geeignet sind, das Ansehen eines Vertreters der bürgerlichen Fraktion nachzuholen, dass sie die immer wiederkehrenden widerlichen Anklagungen als Beleidigung ausspielen, so dass mehrere von ihnen zum Zeichen des Protests die Sitzung vorzeitig erließen. Bei der Fortsetzung der Beratungen enthielten sich die wenigen noch anwesenden bürgerlichen Stadtverordneten mehrfach der Stimme, so dass verschiedene Beschlüsse ohne den Stimmen der Rechten gestellt wurden. - Der lebhafteste es im Plenum auffing, um so mehr fühlte sich auch im Jubherrraum besonders eine Person berufen, durch Zwischenrufe die Debatte zu föhren. Nachdem der Berettende mehrfach auf das ungebührliche seiner Handlungswelt aufmerksam gemacht worden war, wurde er schließlich aus dem Saale verwiesen, den er "mit bestem Dank" verließ.

Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt:
Einführung einer 2. Unterstunde an der Oberrealschule.

In einem Schreiben hat die Zeitung der Oberrealschule begründet, dass die Einführung einer 2. Unterstunde an der Oberrealschule ab Öster 1928 dringend notwendig geworden sei. Der Oberrealschul-Ausschuss hat die Angelegenheit beraten mit dem Ergebnis, dass die Dringlichkeit der Einführung vorhanden ist und deren Notwendigkeit nicht bestritten werden kann. - Ohne Ausdrucksform stimmte das Kollegium einstimmig der Vorlage zu.

Entscheidung: die Erhöhung des Honorar für die Fürsorgekräfte und die Gehämmen für die Abhaltung der Beratungsstunden betr.

Herr Stadt. Gleichberg berichtete, dass der Wohlfahrtausbau in Vorschlag bringe, das bisher gültige Honorar von 3.50 RM. künftig auf 4.50 RM. pro Beratungsstunde für die Fürsorgekräfte und die Erhöhung für die Gehämmen auf 1.20 RM. pro Beratungsstunde zu erhöhen. Der Rat ist diesen Vorschlag begeistert.

Schon bei Beratung dieser Angelegenheit erlaubte sich der kommunistische Stadtverordnete Herr Bleier Angriffe gegen die in Frage kommenden Arzts. Er fühlte sich betroffen, die seiner Meinung nach unzureichende Unterstützungsmaßnahmen der Schulärzte und anderer Personen zu kritisieren. Es lagen hier Verhältnisse zugrunde, die unbedingt einer Förderung bedürfen. Er vertrat den Standpunkt, dass das System, Arzts nur vorübergehend zu Beratungen heranzuziehen, den Anforderungen nicht genügt. Die kommunistische Fraktion sei der Ansicht, dass ein Arzt hauptsächlich von der Stadt angestellt werden müsse, da übrigens auch die Kosten, welche die Honorierung für stundenweise Finanzierungnahme der Arzts erforderne, fast dem Gehalte eines hauptamtlich eingestellten Stadtärztes gleichkämen.

Herr Stadt. Vorsteher Günther wies die von dem Vorredner vorgebrachten Anschuldigungen als Entstellung der Tatsachen zurück und wandte sich im besonderen gegen die Behauptung, dass die ärztlichen Untersuchungen der Schulärzte nicht in der Weise vorgenommen würden, wie es erwünscht und erforderlich sei. Es sei erwiesen, dass die Untersuchungen gerade an den Niesa Schulen mit großer Gewissenhaftigkeit durchgeführt würden. Bedauerlicherweise habe des älteren festgestellt werden müssen, dass Eltern den ärztlichen Anordnungen nicht nachkommen und ihre Kinder der angeordneten Behandlung nicht unterziehen. Dieser Ungehorsam wurde besonders stark beobachtet bei der Anordnung zahnärztlicher Behandlung, so dass also den Eltern in vielen Fällen die Schuld der Nichtbefolgung ärztlicher Anordnungen beigelegt werden müsse. Was die Frage der Anstellung eines hauptamtlichen städtischen Arztes anbelange, so sei auch die sozialdemokratische Fraktion der Meinung, dass dies in absehbarer Zeit geschehen müsse. Die gegebenen Verhältnisse gefallen aber zur Zeit nicht, ohne darüber eine Tendenz einzutreten zu lassen.

Nachdem auch Herr Stadt. Boland in diesem Sinne zu der zur Beratung stehenden Angelegenheit gesprochen hatte, wurde die Vorlage einstimmig genehmigt.

Einführung über die Wiederwahl des Herrn Bürgermeisters Gans nach Paragraph 78 der Gemeindeordnung.

Herr Bürgermeister Gans hat in einem Schreiben mitgeteilt, dass seine Amtszeit als 1. Bürgermeister der Stadt

Niesa am 18. Oktober 1928 endigt und bat gebeten, eine Sitzung über eine Wiederwahl zu treffen. Aus der Mitte des Kollegiums wurde der Wunsch gesucht, die Angelegenheit sofort zu erledigen. (Herr Bürgermeister Gans hatte während der Beratung dieses Punktes der Tagesordnung den Sitzungsraum verlassen).

Rahmen der bürgerlichen Fraktion erklärte Herr Stadt. Günther: Obwohl wir gegen die Person des Herrn Bürgermeisters Gans nichts einzuwenden haben, werden wir uns bei der vorausgehenden Wahl der Stimme enthalten, weil unseres Erachtens Herr Bürgermeister Gans in der Ausübung seiner Tätigkeit durch Bindung an Parteidoktrine nicht die Freiheit der eigenen Entscheidung hat, die sein Amt erfordert.

Herr Stadt. Ganz (Soz.) bemerkte, dass die Erklärung der Rechten als eine objektive Unterstreichung zu betrachten und der zum Ausdruck gebrachte Vorwurf der Beeinflussung energetisch aufgewiesen werden müsse.

Als Redner der kommunistischen Fraktion gestellte sich Herr Stadt. Bleier vornehmlich die Stellungnahme der bürgerlichen Fraktion zu glossieren und erklärte, dass seine Fraktion die Wiederwahl zu stimmen werde in der Voraussetzung, dass sich Herr Bürgermeister Gans tatkräftig für das Wohl der Arbeiterschaft einsetzen werde.

Die Abstimmung ergab, dass Herr Bürgermeister Gans mit 15 gegen 16 Stimmen zum 2. Bürgermeister der Stadt Niesa auf weitere 8 Jahre wieder gewählt wurde. Für die Wiederwahl stimmten die beiden linken Fraktionen.

Herr Stadt. Vorsteher Günther teilte Herrn Bürgermeister Gans das Ergebnis der Abstimmung mit und gratulierte ihm zur Wiederwahl. - Herr Bürgermeister Gans dankte für das ihm durch die Wiederwahl entgegengebrachte Vertrauen und versicherte, federfrei bemüht zu sein, sein Amt auch künftig zur allgemeinen Zustiefheit zu verwalten.

Bewilligung von 100 Mark für ein Heim für taub-kümmelende Lehrerlinge in Dresden.

Herr Stadt. Günther berichtete hierzu, dass in Dresden ein Heim für taubkümmelende Lehrerlinge, dem auch taubkümmelende Lehrerlinge von auswärts aufgeführt werden können, errichtet werden soll. In der erforderlichen Bauumsumme in Höhe von 65 000 RM. werden noch etwa 25 000 RM. benötigt, die durch freiwillige Zuwendungen der Gemeinden mit aufgebracht werden sollen. - Der Wohlfahrtausbau hat beschlossen, für oben genannten Zweck einen Beitrag von 800 RM. zu beauftragen. Der Rat ist diesem Vorschlag begeistert. Auch das Stadtverordnetenkollegium stimmte dieser Vorlage einstimmig zu. Einem weiteren Antrag, wonach die betreffenden Lehrstellen durch die auständigen Gewerkschaften kontrolliert werden sollen, verfolgte die bürgerliche Fraktion ihre Zustimmung; er wurde gegen 8 Stimmen angenommen.

Rechnung der Fürsorgekasse und des städtischen Wissenschafts für 1928/29.

Nach erfolgter Berichterstattung durch Frau Stadt. Gleichberg wurde die Rechnung richtig geprüft. - Herr Stadt. Gleichberg regte an, zur Feststellung des vorhandenen Sachbestands eine Inventur vorzunehmen.

Wahl eines Mietervertreters für den Wohnungsbauverbandsausschuss.

Stelle des bisherigen Vertreters Herrn Schulz wurde - einem Vorschlag des Mietervereins entsprechend - Frau Stadt. Gleichberg als Mietervertreterin für den Wohnungsbauverbandsausschuss gewählt.

Ergebnis der Schulausbildung.

Der bisher als Elternvertreter dem Schulausschuss gehörige Herr Kaufmann Max Starke hat mitgeteilt, dass er, nachdem seine jüngste Tochter aus der Schule entlassen worden sei, seine Jugebrigkeit zum Schulausschuss als erledigt betrachte. Als Nachfolgerin wurde von der sozialdemokratischen Fraktion Frau Hilde Hager, Pfarrstraße 20 wohnhaft, in Vorschlag gebracht. - Aus Gründen der Parität erfuhr die Rechte, da der bisherige Vertreter ihren Kreisen angehörte, den Vorschlag der SPÖ-Fraktion zurückzulehnen und Herrn Geschäftsführer Willi Schmidt, wohnhaft Gutenbergstraße, als Elternvertreter in den Schulausschuss zu berufen. Da der erstere Vorschlag nicht zurückgezogen wurde, hätte die Wahl mittels Stimmzettel erfolgen müssen. Die Rechte verzichtete auf eine Wahl, so dass Frau Hager als gewählt galt.

Ergebnis der Berufsbildung.

Infolge Wegangs des bisherigen Mitgliedes des Berufsbildungsrates Herrn Geschäftsführer Ed. Seifert wurde eine Erneuerung vorgenommen werden. Es wurde Herr Kassierer Gustav Göde, Poststraße 40 wohnhaft, gewählt.

I. Nachtrag zum Ortsbeleg über das Wohlfahrts- und Jugendamt.

Folgender I. Nachtrag zum Ortsbeleg über das Wohlfahrts- und Jugendamt der Stadt Niesa, wurde einstimmig genehmigt: „In § 8 wird gestrichen: a) Die Bekämpfung des Alkoholismus und die Träntferung. - In § 8 Absatz 1 wird angefügt: b) Bekämpfung des Alkoholismus und Fürsorge für Alkoholkrante und -Gefährdete. In § 8 Absatz 2 wird hinzugefügt: 2. Vertreter des Ausschusses zur Bekämpfung des Alkoholismus, die tunslich verschleierten örtlichen Abstinenz-Gemeinschaften angehören sollen.“

Entscheidung des Bildhabes Herr.

Herr Stadt. Willkomm gab einen kurzen Bericht über das Bildhab und erfuhr, die Kosten für den Neuanstrich und für einige sonstige Ausbesserungen im Betrage von 2000 RM. zu bewilligen. - Die Bewilligung geschah einstimmig. Das Kollegium erklärte ferner mit der Erledigung der Arbeiten nach dem Vorschlag des Bauausschusses einverstanden.

Anträge der K.P.D.-Fraktion.

a) den Antrag auf dem Arbeitgeberverband städtischer Gemeinden.

Die in der letzten Sitzung zurückgezogenen Anträge der K.P.D. erzielten in der gestrigen Sitzung wieder auf der Tagesordnung. Da diesmal eine Einheitsmeinung bestand, hofften die Antragsteller, mit Hilfe der Sozialdemokratie diese reinen Agitationsschläge durchzubringen. Aber weit gefehlt! Auch den „Schönen Reden“ des Herrn Bleier folgte man nicht, denn die Anträge wurden abgelehnt.

Danach hatte Herr Stadt. Gleichberg darauf hingewiesen, dass es nach den einschlägigen Paragraphen der Gemeindeordnung unzulässig sei, über die Anträge hier zu verhandeln, zumindest sei die Rechtslage nicht geklärt. Er erhob hierfür Protest im Namen der bürgerlichen Fraktion und verlangte die Abstzung der Anträge von der Tagesordnung.

Herr Stadtvorsteher Günther verlas die betreffenden Paragraphen und vertrat die Meinung, die Rechtslage sei völlig klar in diesem Falle. Er erklärte namens der sozial-

demokratischen Fraktion, dass auch sie damit einverstanden sei, dass die Anträge heute zur Verhandlung kommen.

Herr Stadt. Gleichberg wies nochmals auf die ungünstige Rechtslage hin und wiederholte den Einspruch der Rechten.

Darauf nahm Herr Stadt. Bleier das Wort zu seinen Erwiderungen, die sich gegen die Stellungnahme der bürgerlichen Fraktion richteten.

Herr Stadt. Ganz trat auch den Ausführungen des Herrn Stadt. Gleichberg entgegen und meinte, das die Anträge nicht Rechtslage seien und wiederholte den Einspruch der Rechten.

Nach einer kurzen Erwiderung des Herrn Stadtvorsteher Ganz auf die Erwiderungen des Herrn Stadt. Gleichberg wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Anträge sofort zur Verhandlung zu bringen.

Herr Stadt. Ganz begründete die kommunistische Fraktion über den Austritt aus dem Arbeitgeberverband Sozialdemokratischer Gewerkschaften.

Herr Stadt. Ganz gab zu diesem Antrag die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion bekannt. Er verlangte nicht den Austritt aus dem Verband, sondern stellte den Antrag, dass anstelle des Herrn Gelsen Bürgermeister Hans die Vertretung der Stadt in diesem Verband übernommen soll.

Nach einigen Bemerkungen der Herren Stadt. Ganz, Bleier und Ganz, wobei die beiden linken Parteien sich ständig festig in die Haare fuhren, wurde der Antrag der Kommunisten, die Stimmenthaltung der bürgerlichen Fraktion zu verhindern.

Der Antrag der K.P.D., der die Vertretung der Stadt durch Herrn Bürgermeister Gans verlangt, wurde bei Stimmenthaltung der bürgerlichen Fraktion angenommen.

Die Einberufung des Nationalsozialistischen Verbändes in die Ausbildungsnorm.

Dieser Antrag wurde, da er persönliche Angelegenheiten betrifft, der nichtöffentlichen Sitzung überwiesen.

Die Erstellung der Kleinwohnungen in eigener Regie.

Herr Stadt. Ganz begründete namens der kommunistischen Fraktion den Antrag. Er wunderte sich schwer gegen das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung bei Errichtung städtischer Wohnhäuser. Herr Stadt. Willkomm nannte das Verfahren der eigenen Regie das Werk der SPÖ, und bemerkte, dass die in der letzten Sitzung beschlossene Ausschreibung der Bauten der in Frage kommenden Wohnungen eine Aufsichtslage gewesen sei. Die sozialdemokratische Partei lehnte aber den kommunistischen Antrag ab, um die Vermirkung des Projektes nicht noch weiter hinauszuschieben, da die Rechte gegen die Umwidmung des ersten Bechusses vorausdrücklich doch Einspruch erheben würde. Der Beginn des Baues der Wohnhäuser an der Schiller- und Lindenstraße sei für den 7. Mai in Aussicht genommen.

Sodann erhält Herr Stadt. Bleier das Wort, um zunächst dem Vorredner entgegenzutreten und anschließend die bürgerliche Fraktion loszuapplaudieren, worauf der größte Teil der Fraktion der Rechten den Sitzungssaal verließ.

Nach Ausführungen der Herren Stadt. Tutz, Günther, Willkomm, Hilser und Boland wurde endlich einem Antrag auf Schluß der Debatte stattgegeben.

Der kommunistische Antrag wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt, die noch anwesenden bürgerlichen Stadtverordneten erhielten sich der Stimme.

Die Bewilligung von 1000 RM. an die „Internationale Arbeiterhilfe“ bez.

Auch hier war alle Redekunst des kommunistischen Spokes vergedient. Es gelang ihm der Versuch nicht, die „Internationale Arbeiterhilfe“ lediglich als „überparteiliche Unterstützungsstätte“ hinzustellen.

Herr Stadt. Ganz (Soz.) erklärte dem kommunist. Vorredner, dass die sozialdem. Fraktion der Überzeugung sei, dass die „Internationale Arbeiterhilfe“ keine Wohltätigkeitsorganisation, sondern eine propagandistische Parteiorganisation der Kommunisten sei. - Auch Herr Stadt. Gleichberg gab sein ablehnendes Verhalten zu diesem Antrag bekannt.

Der Antrag wurde ebenfalls mit dem gleichen Abstimmungsergebnis wie die vorherigen kommunistischen Anträge abgelehnt.

Entscheidung der K.P.D.-Fraktion.

Gedank kommt noch folgender Antrag der SPÖ, zur Abstimmung:

1. Der Rat wird erlaubt, gemäß der Beschlüsse des Haushaltsausschusses im Deutschen Reichstag nur zu solchen Veranstaltungen eine Vertretung der Stadt zu entsenden, bei denen im Halle des Hauses des Reichstags die Arbeit der deutschen Republik in aufrichtender und würdiger Weise gezeigt werde.

2. Bei Veranstaltungen, welche die früheren Reichstags aufzuweisen, hat jede Vertretung der städtischen Körperschaften zu unterbleiben.

Diese beiden Fassungen werden nach entsprechenden Erklärungen der Herren Stadt. Horn, Günther, Willkomm und Ganz bei Stimmenthaltung der bürgerlichen Fraktion angenommen. Den ersten Witz lehnen die Kommunisten ab.

Antrag der K.P.D.-Fraktion auf Zusammensetzung der für Studienbeiträge zum Deutschen Reichstag.

Herr Stadt. Horn, Günther teilte mit, dass auch in dem neuen Haushaltspolizei mehrere tausend Mark als Studienbeiträge für solche Kinder bedürftiger Eltern, die zu ihrer Weiterbildung auswärtige höhere Schulen oder Institute besuchen, eingerichtet seien. Um aber aus Kindern bedürftiger Eltern die Möglichkeit zu geben, im besonderen auch die städtische öffentliche höhere Handelschule zu besuchen, beantragte die K.P.D.-Fraktion den hierfür benötigten Betrag in Höhe von 3000 RM. im Vorraum zu bewilligen. - Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bisher und Deputatsfragen Bett.

Herr Stadt. Horn, Günther bringt ein Schreiben der Arbeitnehmer der städtischen Mittelalter zur Verleihung, in welchem die Miete mitteilte, dass die Bett- und Deputatsfragen immer noch nicht akut seien. Dazu wird mitgeteilt, dass die Verhandlungen in den nächsten Tagen stattfinden werden.

Zum Schluß wird der Antrag zur Gemeindebebauungs-Ordnung

„stimmig“ angenommen.

Die Sitzung, die zuweilen aus Hart wahlpropagandistisch angehoben war, erreichte gegen 10 Uhr ihr Ende.